



Politische Partizipation

Indikatoren

- B1** Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik
- B2** Wahlvorschläge politischer Parteien
- B3** Gremien der Gemeinde Wien
- B4** Gesetzliche Interessensvertretungen
- B5** ArbeitnehmerInnenvertretung
- B6** Schulische und berufliche Jugendvertretung
- B7** Politisches Engagement mit Fokus 2016: Frauen mit Migrationshintergrund

Gleichstellungsziele

- 01. Die Erhöhung der Partizipation von Frauen in der Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik
- 02. Die Erhöhung der Partizipation von Frauen in institutionellen Interessensvertretungen
- 03. Sichtbarmachen und langfristiges Senken von Gewalt gegen Mädchen und Frauen in Institutionen

Auch wenn der Frauenanteil in der Politik in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen hat, sind Frauen bei der Besetzung politischer Funktionen weiterhin unterrepräsentiert. Dies betrifft die politische Partizipation in politischen Parteien, die mit den Indikatoren Partizipation von Frauen in der Wiener **Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik (B1)** sowie in **Gremien der Gemeinde Wien (B3)** näher beleuchtet wird, zeigt sich aber auch in institutionellen Interessensvertretungen. Konkret werden die Partizipation von Frauen in **gesetzlichen Interessensvertretungen (B4)**, die Partizipation von Frauen in der **ArbeitnehmerInnenvertretung (B5)** sowie die Partizipation von Frauen in **schulischen und beruflichen Jugendvertretungen (B6)** dargestellt. Der Indikator **B7 Politisches Engagement von Migrantinnen** thematisiert die Partizipation von Frauen mit Migrationshintergrund in direkt demokratischen Beteiligungsformen (BürgerInneninitiativen, BürgerInnenbeteiligungen) sowie ihr Engagement in NGOs auf Basis der Befragung „Partizipation von Wienerinnen mit Migrationshintergrund“. Die Berücksichtigung von Gender-Kriterien in politischen Entscheidungsprozessen wird indirekt über Geschlechteranteile in den Wahllisten der Parteien (**B2 Wahlvorschläge politischer Parteien**) erfasst.

Indikator
B1

Ziel 01 

Erhöhung der Partizipation in politischen Gremien



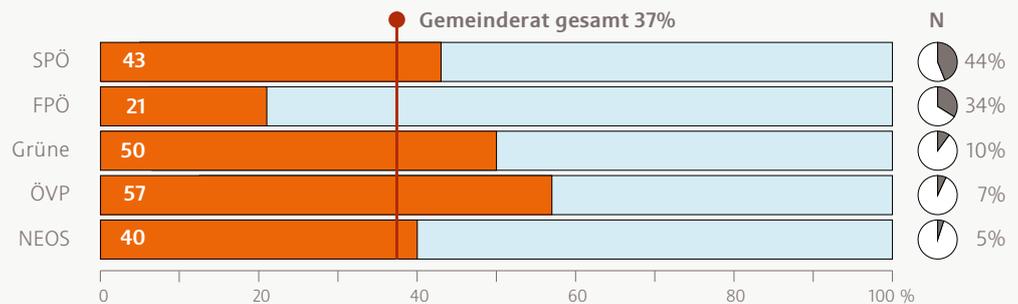
siehe Frauen und Männer in Wien
Indikator A2 Migrationsstruktur und Wahlberechtigte

Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik

Etwas mehr als ein Drittel der Mitglieder des > Gemeinderats/Landtags sind Frauen. Damit sind Frauen verglichen mit ihrem Anteil an der > wahlberechtigten Bevölkerung (53%) deutlich unterrepräsentiert. Die Frauenpartizipation variiert nach politischen Parteien zwischen 21% (FPÖ) und 57% (ÖVP). Die SPÖ, die ÖVP und die Grünen haben bei der Wahl 2015 ihre angestrebten Zielwerte der Frauenpartizipation erreicht (SPÖ 40%, ÖVP 33%, Grüne 50%). Bei der FPÖ fällt der Frauenanteil mit 21% deutlich geringer aus.

B1.1

Frauenanteil unter Mitgliedern des Gemeinderats nach politischer Partei in Prozent (2015)



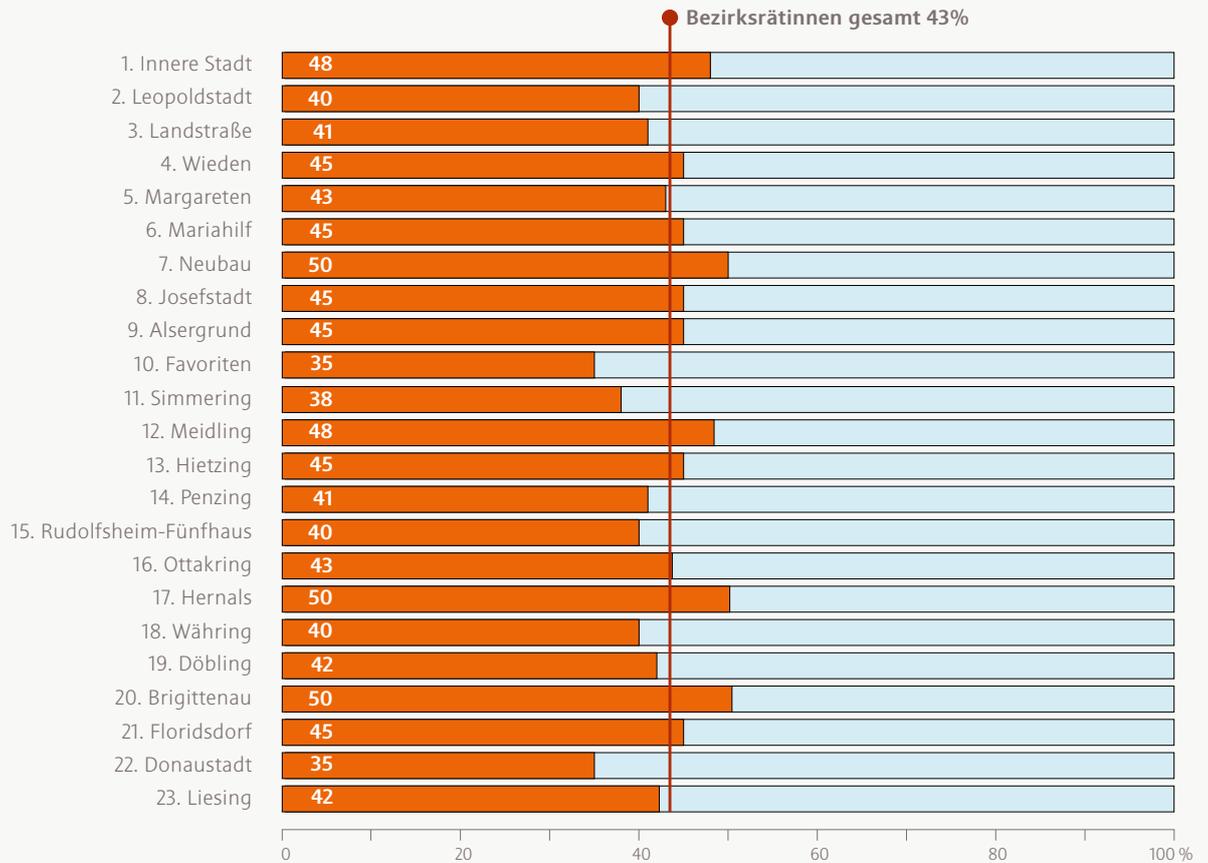
 Anteil der Mitglieder dieser Partei im Gemeinderat

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62. Gemeinderatswahlen 2015 (Stand April 2016).

In der Bezirksvertretung liegt der Frauenanteil etwas höher als im Gemeinderat. In fünf Bezirken besteht eine annähernd ausgeglichene Geschlechterrepräsentanz der BezirksrätInnen (1., 7., 12., 17. und 20. Bezirk). In den drei bevölkerungsstärksten Bezirken (10., 11. und 22. Bezirk) liegt der Frauenanteil lediglich bei 35% für den 10. Bezirk bzw. bei 38% für den 11. und 22. Bezirk. Die Anzahl der Mandate in der Bezirksvertretung ist abhängig von der jeweiligen EinwohnerInnenzahl des Bezirks und beträgt zwischen 40 und 60 Mandate.

B1.2

Frauenanteil unter BezirksrätInnen nach Bezirk in Prozent (2015)



Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62. Gemeinderatswahlen 2015 (Stand April 2016).

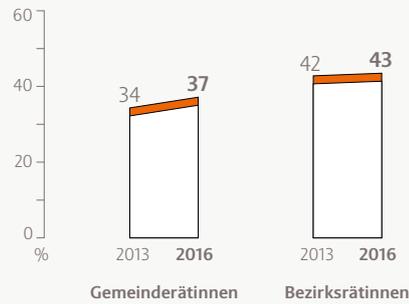
Gegenüber der vorangegangenen Regierungsperiode ist der Frauenanteil in Wien unter politischen VertreterInnen auf Landes-, Gemeinde- und Bezirksebene gestiegen. Der Anstieg ist bei den Mitgliedern des Gemeinderats mit 3%-Punkten größer als auf Bezirksebene, jedoch ausgehend von einem niedrigeren Niveau. Dieses Ergebnis ist auf die zunehmende Besetzung von Frauen als Gemeinderätinnen bei den Grünen, der ÖVP, bei der FPÖ auf niedrigem Niveau, sowie auf den Einzug der NEOS in den Gemeinderat zurückzuführen. Vom Stand August 2013 bis Stand April 2016 stieg der Frauenanteil bei den Grünen von 36% auf 50% an, bei der FPÖ von 15% auf 21% und bei der ÖVP von 42% auf 57%. Gleich geblieben ist der Frauenanteil bei der SPÖ mit 43%.

In der Bezirksvertretung ist der Zuwachs moderater und weniger einheitlich hinsichtlich zunehmender Partizipation. In acht der 23 Bezirke ist der Frauenanteil gegenüber den Bezirkswahlen 2010 gesunken. In den Randbezirken ist die Partizipation von Frauen tendenziell gestiegen.

B1.3

Entwicklung des Frauenanteils unter Mitgliedern des Gemeinderats und der BezirksrätInnen (2010 - 2015)

 **Monitoring**



Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62. Gemeinderatswahlen 2010 (Stand August 2013) und Gemeinderatswahlen 2015 (Stand April 2016).

Indikator
B2

Ziel 01 

Erhöhung der Partizipation in politischen Gremien

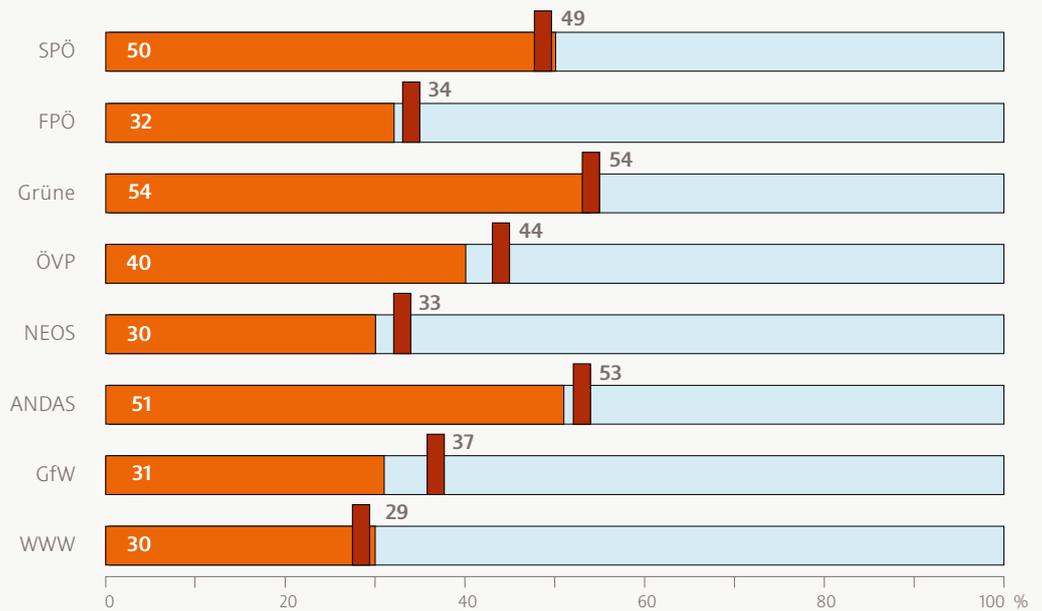
siehe Wiener Gleichstellungsmonitor 2013, Politische Partizipation Indikator 2 Wahlvorschläge politischer Parteien, S. 48

Wahlvorschläge politischer Parteien

In den Wahlvorschlägen der politischen Parteien für die Gemeinderatswahlen 2015 zeigt sich der Geschlechteranteil auf den ersten zehn Listenplätzen in der SPÖ mit 49% annähernd ausgeglichen. Bei den Grünen stellen Frauen mit 54% mehr als die Hälfte der KandidatInnen. In den anderen Regierungsparteien dominieren weiterhin Männer die Wahllisten mit dem geringsten Frauenanteil in der FPÖ und bei den NEOS. In den kleineren Wahllisten, die den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben, variiert der Frauenanteil zwischen 29% und 53%. Der Frauenanteil bei den ersten zehn Listenplätzen stimmt in einem stärkeren Ausmaß mit jenem der gesamten Wahllisten überein, als dies noch bei den vorangegangenen Gemeinderatswahlen 2010 der Fall war.

B2.1

Frauenanteil in Wahlvorschlägen der Gemeinderatswahl nach politischer Partei in Prozent (2015)



 Wahlliste gesamt
 Wahlliste Platz 1 - 10

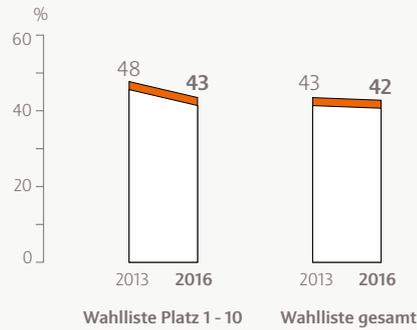
Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62. Gemeinderatswahlen 2015 (Stand April 2016).

Während sich der Frauenanteil in den Wahlvorschlägen der regierenden Parteien insgesamt gegenüber den Gemeinderatswahlen 2010 kaum verändert hat, ist die Repräsentanz von Frauen auf den Plätzen 1 bis 10 von 48% auf 43% gesunken. Dieser Rückgang ist auf den geringeren Frauenanteil auf den vorderen Plätzen der FPÖ, der ÖVP sowie der NEOS im Gemeinderat zurückzuführen.

B2.2

Entwicklung des Frauenanteils in Wahlvorschlägen der Gemeinderatswahl gesamt und der Plätze 1 bis 10 in Prozent (2010 - 2015)

 **Monitoring**



Frauenanteil in Wahlvorschlägen jener Parteien, die im Gemeinderat/Landtag vertreten sind (2010: SPÖ, FPÖ, Grüne, ÖVP, seit 2015 auch NEOS).

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62. Gemeinderatswahlen 2010 und Gemeinderatswahlen 2015.

Indikator
B3

Ziel 01 

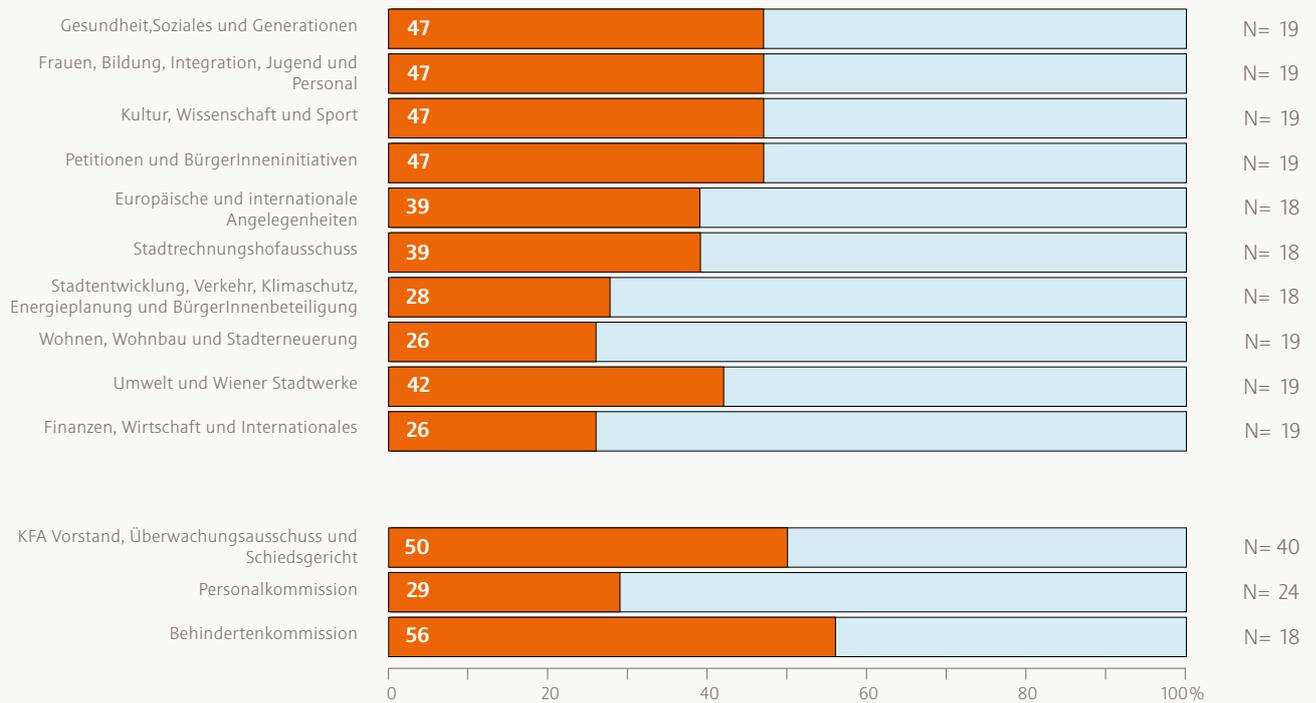
Erhöhung der Partizipation in politischen Gremien

Gremien der Gemeinde Wien

Vier der zehn \succ Gemeinderatsausschüsse weisen ein annähernd ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf. Dies betrifft Ausschüsse in den Bereichen Gesundheit und Soziales, Frauen und Bildung sowie Kultur und Wissenschaft sowie den Ausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen. In den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen und Finanzen sind die Ausschüsse hingegen stärker männerdominiert. Bei den sonstigen Gremien der Gemeinde Wien beträgt der Frauenanteil mit Ausnahme der Personalkommission 50% und mehr.

B3.1

Frauenanteil unter Mitgliedern der Gemeinderatsausschüsse in Prozent (2016)



N = Anzahl der Mitglieder

Die Geriatriekommission gibt es im Jahr 2016 nicht mehr. Vorstand, Überwachungsausschuss und Schiedsgericht der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) wurden zu einer Kennzahl zusammengefasst.

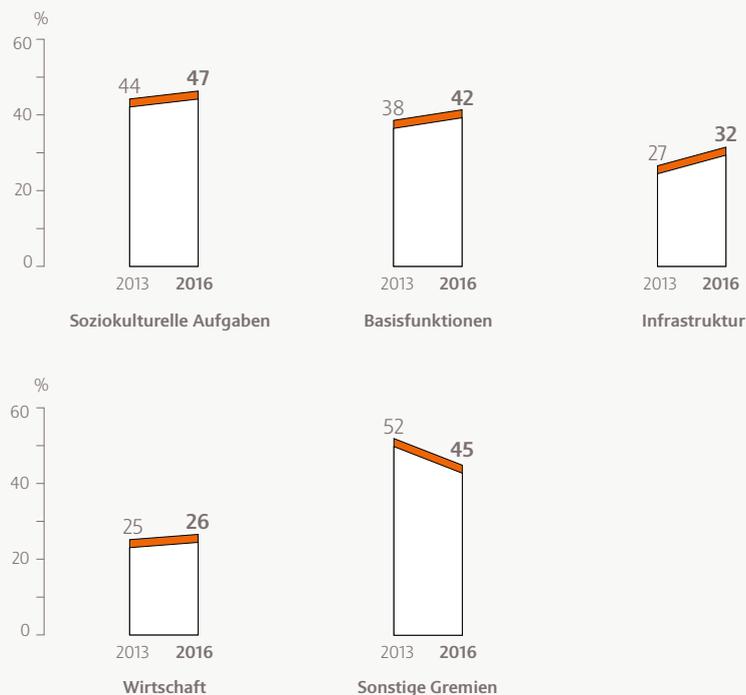
Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62 (Stand April 2016).

Mit der inhaltlichen Zusammenfassung der Gremien nach der \nearrow BEIS-Typologie wird die geschlechtsspezifische Segregation der politischen Themen noch deutlicher und ermöglicht den Zeitvergleich der Partizipation von Frauen, in den sich entsprechend der Regierungen wandelnden thematischen Ausschüssen. Der Frauenanteil ist in allen Themenbereichen mit Ausnahme der sonstigen Gremien gestiegen und erreicht bei soziokulturellen Aufgaben mit 47% ein beinahe ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Im Bereich Wirtschaft hat die Partizipation von Frauen indes am geringsten zugenommen, wodurch diese nach wie vor bei knapp über einem Viertel liegt.

B3.2

Entwicklung des Frauenanteils unter Mitgliedern der Gemeinderatsausschüsse und sonstiger Gremien in Prozent (2013 – 2016)

Monitoring



Soziokulturelle Aufgaben = Gesundheit, Soziales und Generationen; Frauen, Bildung, Integration, Jugend und Personal; Kultur, Wissenschaft und Sport; Basisfunktionen = Petitionen und BürgerInneninitiativen; Europäische und internationale Angelegenheiten; Stadtrechnungshofausschuss. Infrastruktur = Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung; Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung; Umwelt und Wiener Stadtwerke. Wirtschaft = Finanzen, Wirtschaft und Internationales. Sonstige Gremien = Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien; Personalkommission.

Datenquelle: Verwaltungsdaten der MA 62 (Stand August 2013 und April 2016).

Indikator
B4

Ziel 02 

Erhöhung der Partizipation in Interessensvertretungen

Gesetzliche Interessensvertretungen

Die Spitzenpositionen in den Interessensvertretungen sind nach wie vor überwiegend von Männern besetzt. Vier der elf gesetzlichen Interessensvertretungen in Wien weisen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis im Präsidium auf. In fünf Kammern ist jedoch keine einzige Frau im Präsidium vertreten. Im Vorstand fällt der Frauenanteil mit Ausnahme der Rechtsanwaltskammer und der Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten höher aus. Frauen sind aber auch in den Vorständen – mit Ausnahme der Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten – in allen Interessensvertretungen im Vergleich zu ihrem Anteil an Mitgliedern unterrepräsentiert.

B4.1

Frauenanteil im Präsidium und Vorstand sowie unter Mitgliedern der Interessensvertretungen in Prozent (2015/2016)

	Frauenanteil			N
	Präsidium	Vorstand	Mitglieder	Mitglieder
Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien*	40,0%	50,0%	*** 49,0%	73.823
Apothekerkammer Wien	50,0%	56,0%	82,0%	1.812
Kammer der Wirtschaftstrehänder Wien	50,0%	---	41,0%	2.440
Rechtsanwaltskammer Wien	50,0%	21,0%	31,0%	4.125
Tierärztekammer Wien	50,0%	50,0%	66,0%	849
Ärztekammer Wien	0,0%	32,0%	51,0%	12.434
Wirtschaftskammer Wien*	0,0%	** 23,0%	*** 38,0%	11.528
Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland	0,0%	---	* 22,0%	202
Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland	33,4%	21,0%	* 11,0%	2.279
Landwirtschaftskammer Wien	0,0%	17,0%	31,0%	555
Landes Zahnärztekammer Wien	0,0%	15,0%	49,0%	1.398

--- = existiert nicht; * = Mitgliederzahlen nur für Wien; ** = SpartenvertreterInnen zum Wirtschaftsparlament; *** = Frauenanteil unter unselbstständigen Beschäftigten (Kammer für Arbeiter und Angestellte) bzw. selbstständig Beschäftigten (Wirtschaftskammer) in Wien 2015.

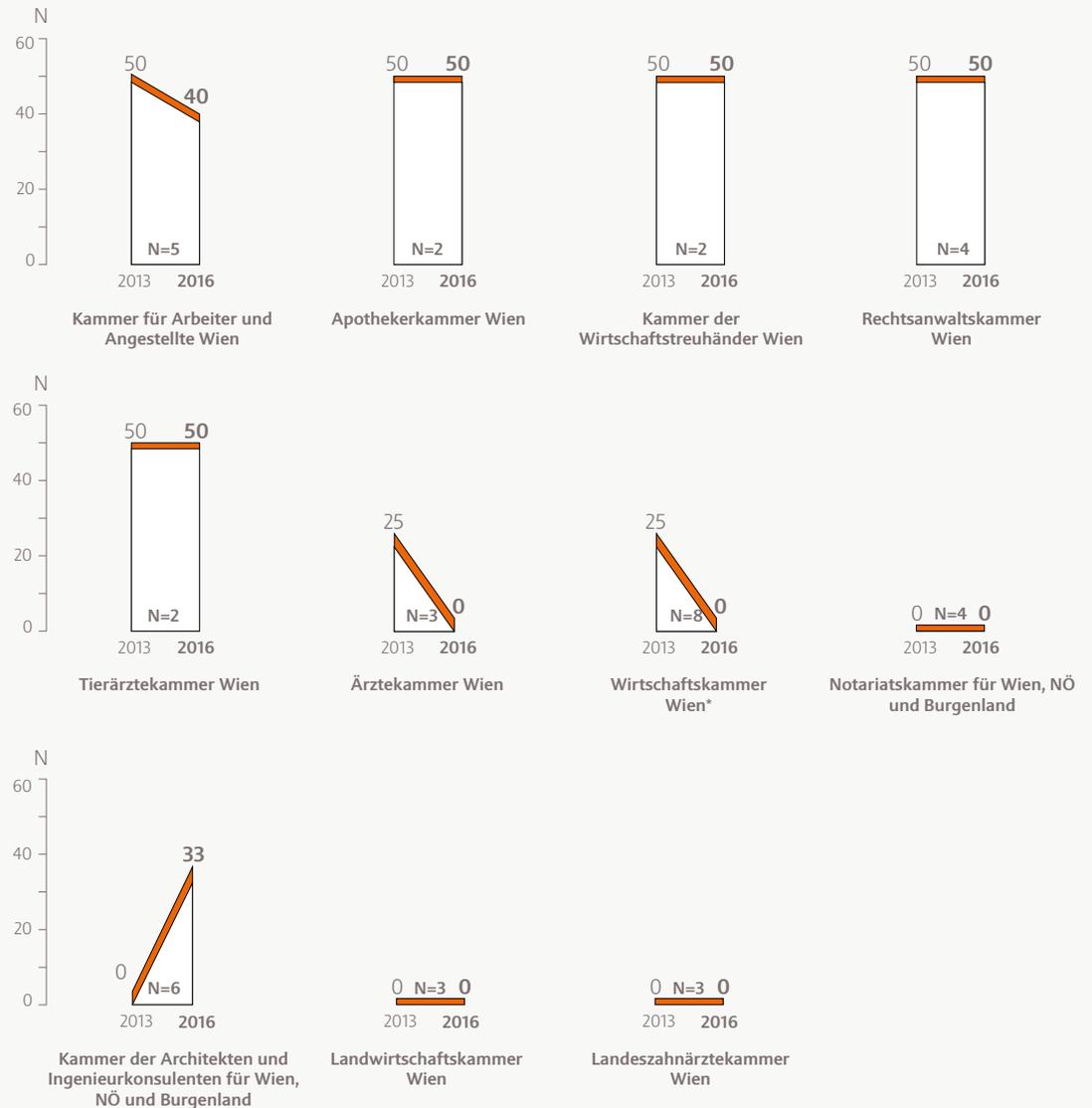
Datenquelle: Präsidium/Vorstand: IHS Internetrecherche der Websites der jeweiligen Kammern (Juni 2016); Mitgliederzahlen: einzelne Kammern (jeweils Stichtage im Frühjahr 2016) bzw. für Kammer für Arbeiter und Angestellte Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Wirtschaftskammer Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

Der Frauenanteil im Präsidium der Interessensvertretungen ist gegenüber dem Jahr 2013 nur in einer Kammer gestiegen. In der Kammer für Arbeiter und Angestellte ist die weibliche Repräsentanz von 50% auf 40% gesunken, im Präsidium der Ärztekammer und der Wirtschaftskammer sind Frauen nicht mehr vertreten. Lediglich in der Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten ist eine für die Gleichstellung der Frauen und Männer positive Entwicklung ersichtlich.

B4.2

Entwicklung des Frauenanteils im Präsidium der Interessensvertretungen in Prozent (2013 – 2016)

Monitoring



N = Anzahl der Mitglieder im Präsidium der einzelnen Interessensvertretungen.

Datenquelle: IHS Internetrecherche der Websites der jeweiligen Kammern (August 2013 und Juni 2016).

Indikator
B5

Ziel 02 

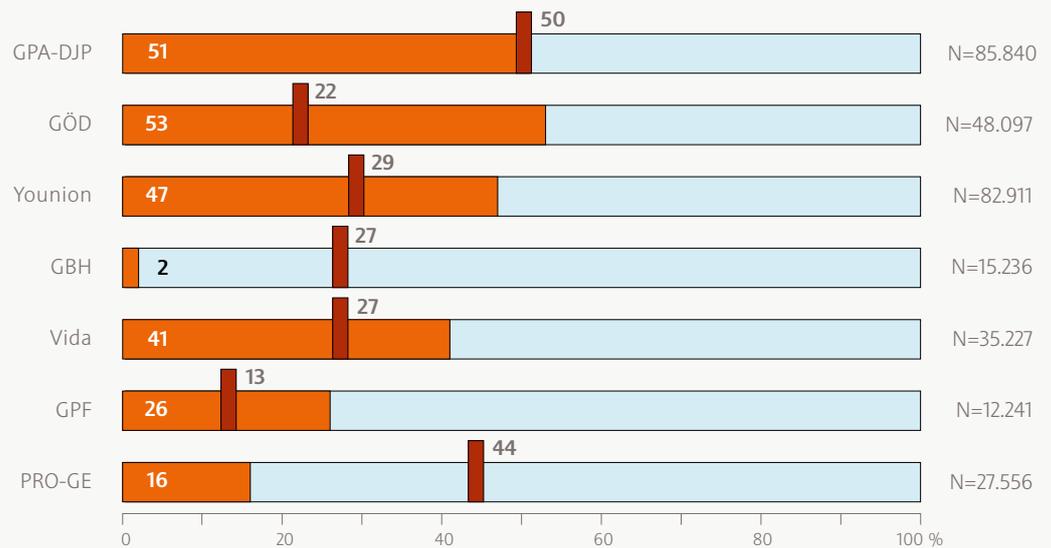
Erhöhung der Partizipation in Interessensvertretungen

ArbeitnehmerInnenvertretung

Bei der Partizipation von Frauen in der überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fachgewerkschaften. Der Frauenanteil in den Leitungsgremien liegt zwischen 13% (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten; GPF) und 50% (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier; GPA-djp). Der Frauenanteil unter Leitungspersonen weicht zum Teil gravierend von jenem unter den Mitgliedern ab. In der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) und der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), die den niedrigsten Frauenanteil unter Mitgliedern aufweisen, sind Frauen im Leitungsgremium stärker vertreten als bei den Mitgliedern. In den anderen Fachgewerkschaften sind Frauen in der Leitung verglichen mit ihrem Mitgliederanteil unterrepräsentiert.

B5.1

Frauenanteil in Leitung und unter Mitgliedern der Fachgewerkschaften in Prozent (2015/2016)



 Mitglieder
 Leitung

N = Anzahl der Mitglieder der jeweiligen Fachgewerkschaft.

* Younion, vormals Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB).

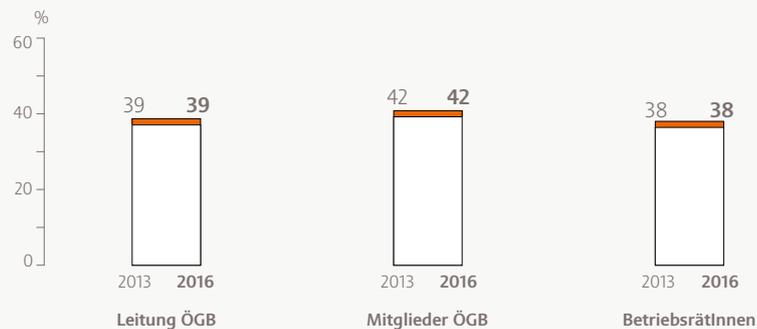
Datenquelle: Aktive Mitglieder: ÖGB (Stichtag 31.12.2015); Leitung: IHS-Internetrecherche (Stand Mai 2016).

Im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), dem Dachverband der österreichischen Fachgewerkschaften, liegt der Frauenanteil bei den Mitgliedern wie auch im Präsidium bei rund 40%. Der Frauenanteil im ÖGB-Wien-Präsidium fällt geringfügig höher aus als unter den Mitgliedern in Wien. Der Frauenanteil ist innerhalb der vergangenen drei Jahre gleichgeblieben; damit sind Frauen unter den Gewerkschaftsmitgliedern verglichen mit ihrem Anteil an den unselbstständig Erwerbstätigen (49%) weiterhin unterrepräsentiert. Auch in der betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung ist der Frauenanteil gegenüber 2013 annähernd gleichgeblieben: Bei den BetriebsrätInnen fällt der Frauenanteil mit 38% etwas niedriger aus als in der überbetrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung.

B5.2

Entwicklung des Frauenanteils in überbetrieblicher und betrieblicher ArbeitnehmerInnenvertretung in Prozent (2013 – 2016)

Monitoring



Leitung ÖGB = Vorstand des ÖGB Österreich, da es keine Landesorganisation Wien gibt. Wert für Leitung ÖGB 2013 wurde von 43% auf 39% korrigiert.

Datenquelle: Aktive Mitglieder und BetriebsrätInnen: ÖGB (Stichtage 31.12.2012 und 31.12.2015); Leitung: IHS-Internetrecherche (Stand Dezember 2013 und Mai 2016).

Indikator
B6

Ziel 02 

Erhöhung der Partizipation in Interessensvertretungen

 siehe Frauen und Männer in Wien
Indikator A5 Erwerbsbevölkerung und

 Aus- und Weiterbildung
Indikator C2 Schulische Bildung

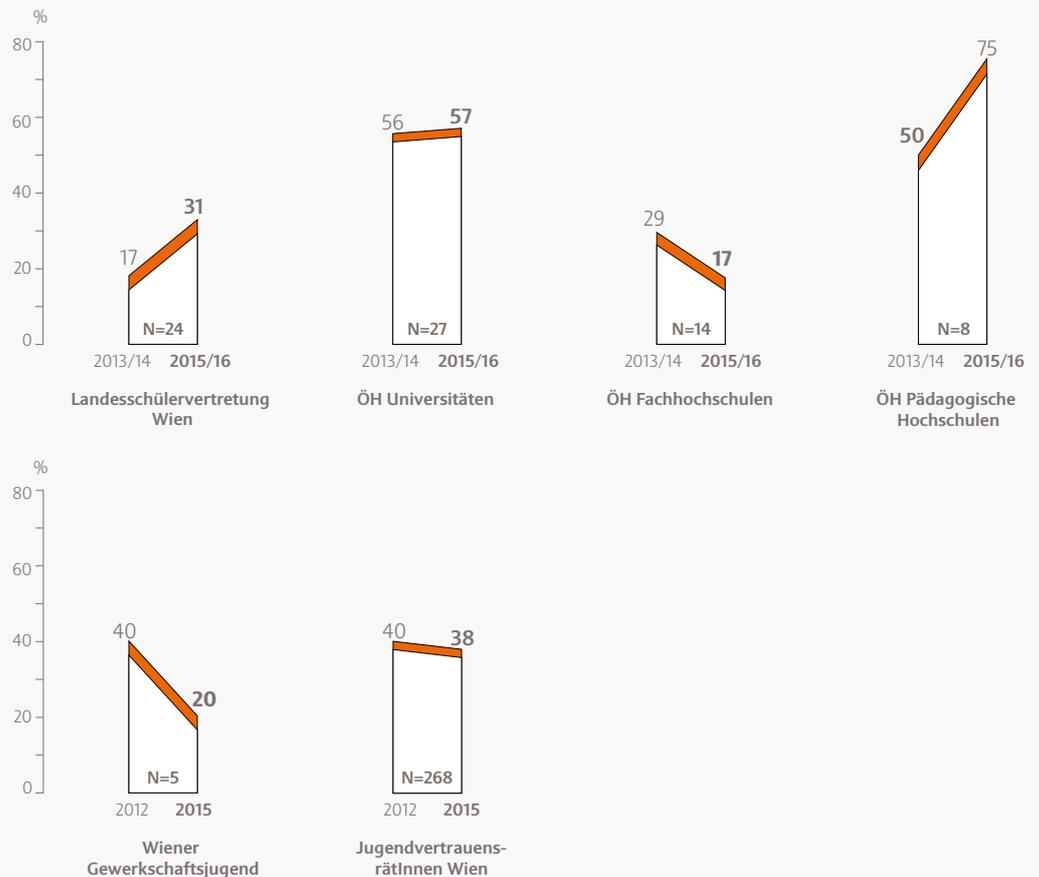
Schulische und berufliche Jugendvertretung

Bei den schulischen und beruflichen Jugendvertretungen variiert der Frauenanteil unter den FunktionärInnen zwischen 29% in der Hochschulvertretung der Fachhochschulen und 56% in der Hochschulvertretung der Universitäten. Der Frauenanteil unter den VertreterInnen der Jugend korreliert mit dem unterschiedlichen Anteil von Schülerinnen und Studentinnen in den jeweiligen Bereichen sowie mit dem Frauenanteil von Jugendlichen in Betrieben. Mit Ausnahme der Landesschulvertretung Wien ist in jenen Bereichen, in denen die Frauenpartizipation 2013/14 am niedrigsten war, der Frauenanteil über die Zeit am meisten gestiegen. Der Frauenanteil bleibt in den ÖH Fachhochschulen weiterhin unter einer kritischen Masse von 30%.

B6.1

Entwicklung des Frauenanteils unter FunktionärInnen der schulischen und beruflichen Jugendvertretung in Prozent (2012 bzw. 2013/14 – 2015 bzw. 2015/16)

 Monitoring



N = Anzahl

Datenquelle: Aktive JugendvertrauensrätInnen: ÖGB (Stichtage 31.12.2012 und 31.12.2015); ÖH der Wiener Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen, Landesschülervertretung Wien, Wiener Gewerkschaftsjugend: IHS-Internetrecherche der jeweiligen Websites (Stand 2013/14 und 2015/16).

Indikator

B7



Migration

siehe Wiener Gleichstellungsmonitor 2013, Politische Partizipation Indikator 7 Politisches Engagement, S. 55

¹ Insgesamt waren nach den Ergebnissen der SOWI II-Erhebung 41 % der Frauen und 49 % der Männer bereits einmal in einer der vier abgefragten Formen politisch aktiv. Männer waren nicht nur in höherem Maß politisch aktiv; sie konnten sich auch deutlich öfter vorstellen, dies in Zukunft zu tun: 73 % der Männer und 65 % der Frauen konnten sich dies vorstellen. Bei Männern stieg das politische Engagement mit dem Alter, während dies bei Frauen in allen Altersgruppen ähnlich hoch blieb. 50 % der Österreicher und 42 % der Österreicherinnen versus 41% der Männer mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft und 26% der Frauen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft zeigten sich politisch aktiv (SOWI II 2013).

Politisches Engagement

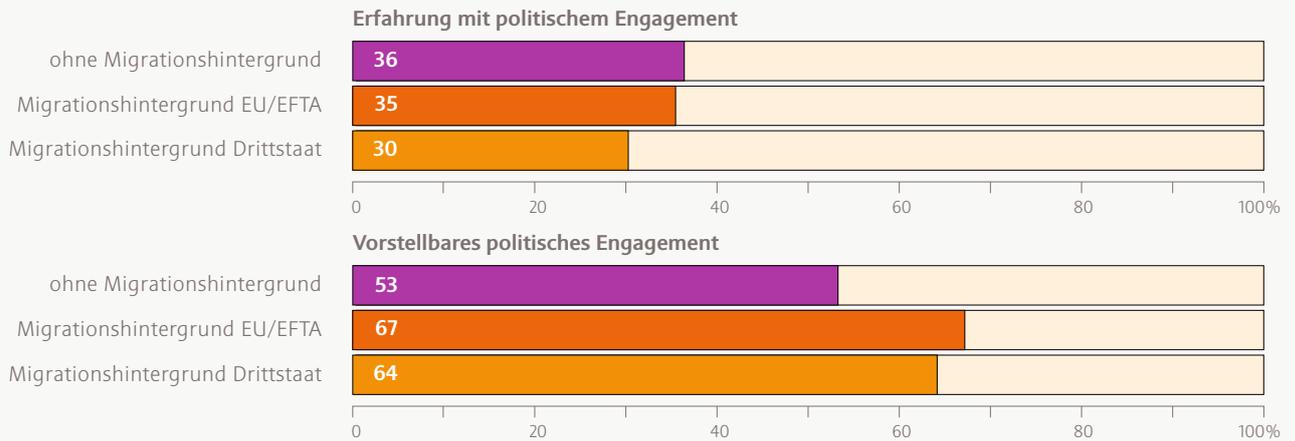
Fokus 2016: Frauen mit Migrationshintergrund

Wie im Gleichstellungsmonitor 2013 auf Basis der SOWI-II-Daten gezeigt wurde, zeigen sich Frauen in unterschiedlichen politischen Aktivitäten (bei der Mitarbeit in einer politischen Partei, in BürgerInneninitiativen, in Projekten der Stadt Wien zur BürgerInnenbeteiligung und in gemeinnützigen Vereinen) weniger aktiv als Männer. Noch deutlich geringer war das politische Engagement von Frauen mit nicht österreichischer Staatsbürgerinnenschaft.¹ Da keine Aktualisierung der SOWI II-Daten vorliegt, wird im Folgenden auf Basis der Daten des Wiener Frauenbarometers (2015) die politische Partizipation von Frauen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund näher beleuchtet.

Entsprechend den Daten des Wiener Frauenbarometers (2015) besteht in der politischen Partizipation wenig Unterschied zwischen Wienerinnen ohne Migrationshintergrund (36%) und Frauen mit Migrationshintergrund EU-/EFTA-Staaten (35%), wohl aber zu Frauen mit Migrationshintergrund Drittstaat (30%) hinsichtlich der Mitarbeit in politischen Parteien, bei BürgerInneninitiativen, Angeboten der Stadt Wien oder in Vereinen. Das geringere Engagement von Frauen mit Migrationshintergrund Drittstaat wird durch ihre rechtlich eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten, ihren geringeren Bildungsstand, ihre höhere Armutsgefährdung und geringere Zeitressourcen mitbestimmt (vgl. Zandonella, Larcher 2015). Frauen mit Migrationshintergrund weisen aber ein erhebliches Partizipationspotenzial auf, wie die Ergebnisse zur Frage, wieweit sich die Frauen ein Engagement in politischen Parteien, bei BürgerInneninitiativen, bei Angeboten der Stadt Wien und in politischen Parteien vorstellen können, zeigen: Wienerinnen mit Migrationshintergrund weisen mit 67% sowie 64% ein höheres vorstellbares politisches Engagement auf als Frauen ohne Migrationshintergrund (53%).

B7.1

Erfahrung mit und vorstellbares politisches Engagement in ausgewählten Aktivitäten nach Migrationshintergrund in Prozent (2015)



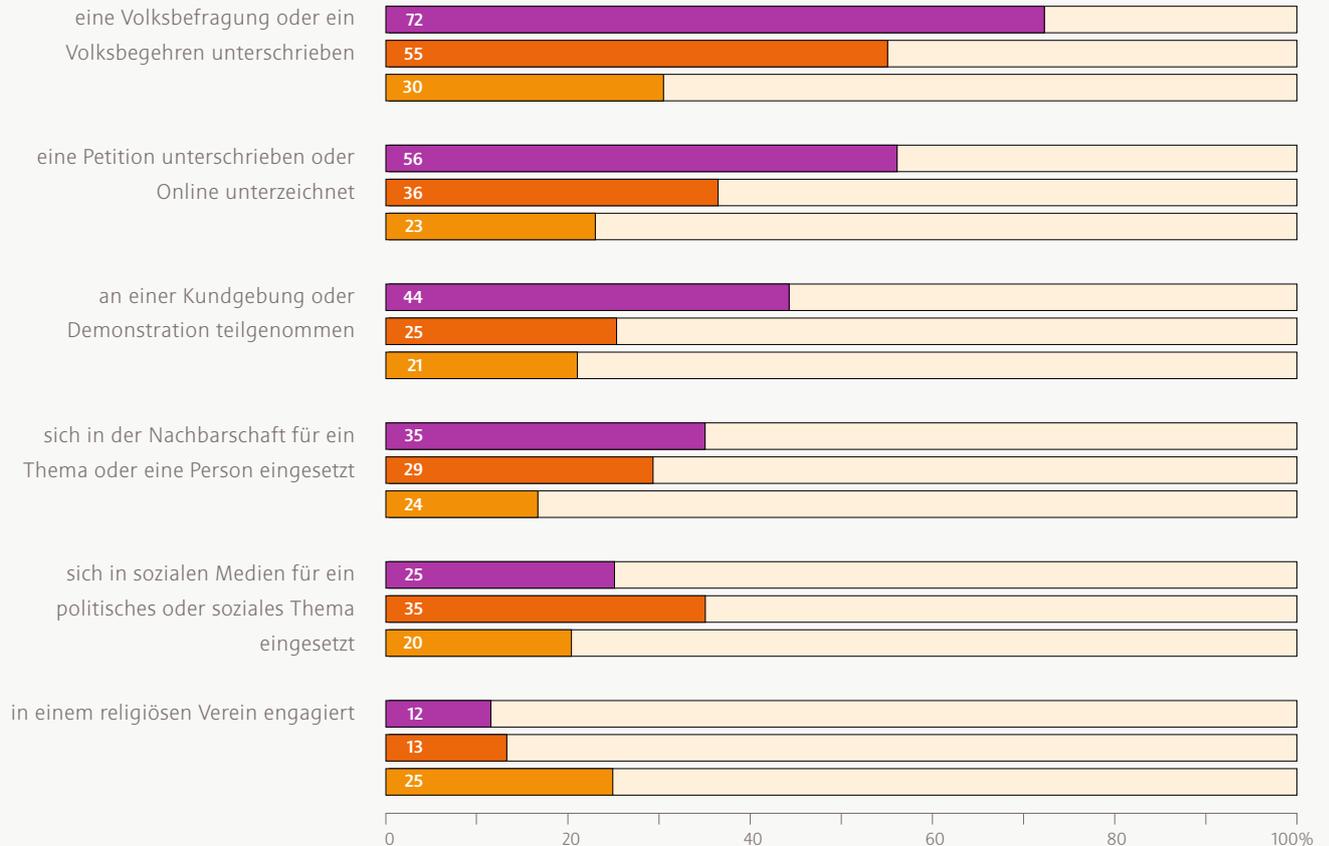
Anteil der Frauen, die sich in der Vergangenheit vorstellen konnten bzw. in Zukunft vorstellen können, sich in zumindest politischen Parteien, bei BürgerInneninitiativen, Angeboten der Stadt Wien (wie z.B. MieterInnenbeirat, Gebietsbetreuungen, Jugendparlament, Kulturinitiativen oder Lokale Agenda 21) oder in Vereinen zu engagieren.

Datenquelle: Wiener Frauenbarometer (2015): Partizipation von Wienerinnen mit Migrationshintergründen; Berechnungen IHS.

Deutlich höher als in den in der SOWI II-Erhebung abgefragten vier Kategorien ist die politische Partizipation von Wienerinnen bei Volksbefragungen, Petitionen und Kundgebungen. Zugleich zeigen sich große Unterschiede zwischen den Frauengruppen, hinsichtlich der Beteiligung an Volksbefragungen oder Volksbegehren, da dies mit dem Besitz der österreichischen StaatsbürgerInnenschaft als Voraussetzung zusammenhängt. Beim zivilgesellschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe, für politische Themen in sozialen Medien oder auch in religiösen Vereinen sind die Unterschiede je nach Migrationshintergrund geringer bzw. beteiligen sich Frauen mit Migrationshintergrund stärker.

B7.2

Politisches Engagement an unterschiedlichen Aktivitäten nach Migrationshintergrund in Prozent (2015)



■ ohne Migrationshintergrund
■ Migrationshintergrund EU/EFTA
■ Migrationshintergrund Drittstaat

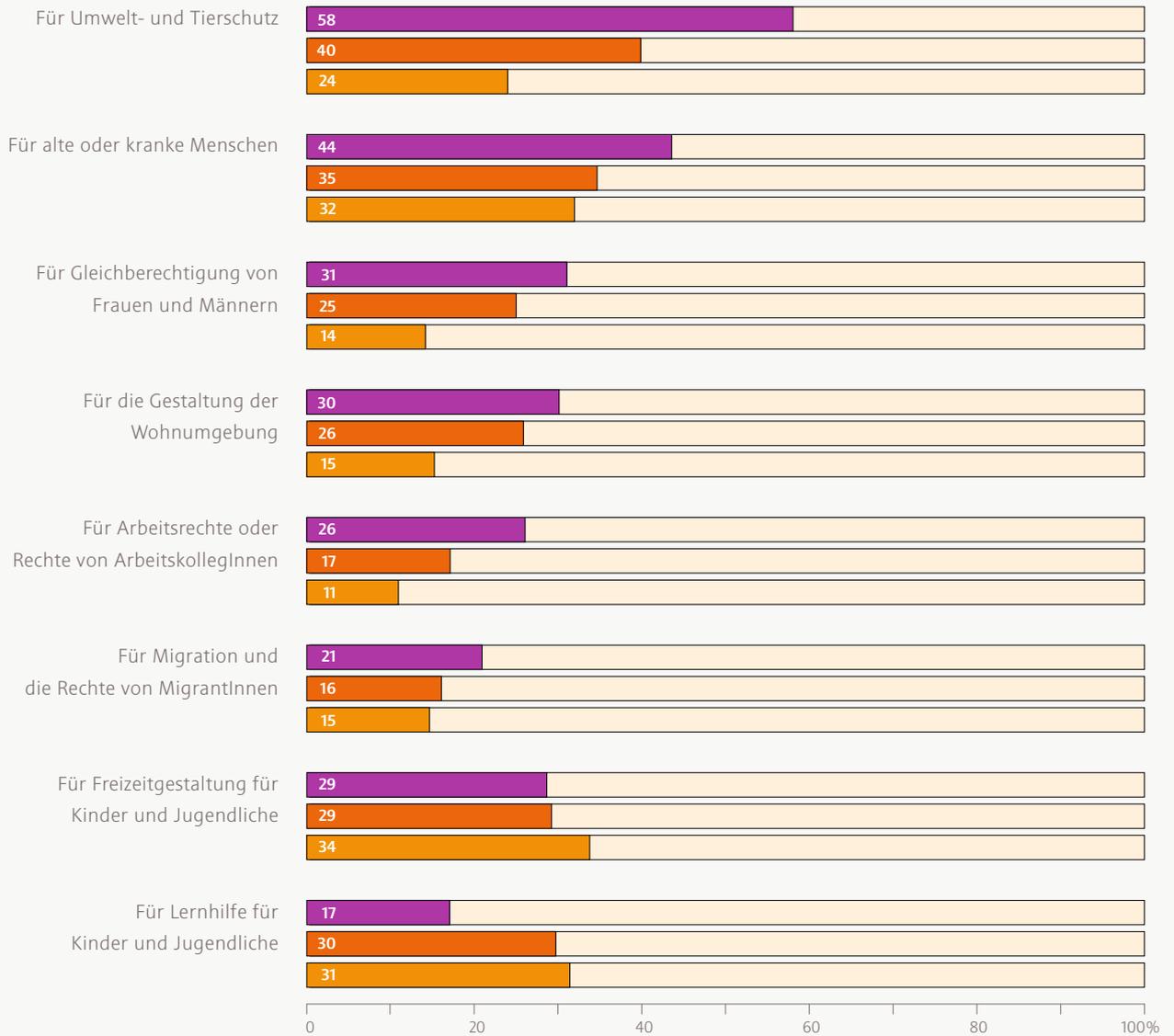
Anteil von Frauen, die sich an den jeweiligen Aktivitäten engagiert haben.
 Für den Gleichstellungsmonitor 2016 erfolgte eine Auswahl der insgesamt 14 Items des Wiener Frauenbarometers (2015). Einige der Items haben die österreichische StaatsbürgerInnenschaft als Voraussetzung.
Datenquelle: Wiener Frauenbarometer (2015): Partizipation von Wienerinnen mit Migrationshintergründen, Berechnungen IHS.


 siehe Bezahlte und unbezahlte Arbeit
 Indikator D2 Haushaltsarbeit und
 Kinderbetreuung
 und
 Indikator D3 Pflege

Auch bei den Themen, für die sich Frauen politisch engagieren, erweisen sich die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund als ausschlaggebend. Frauen mit Migrationshintergrund Drittstaat, die in stärkerem Ausmaß mit Kindern zusammenleben und seltener erwerbstätig sind, engagieren sich eher für Kinder- und Jugendthemen. An Aktionen für den Umwelt- und Tierschutz, für Arbeitsrechte sowie für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern beteiligen sich Frauen ohne Migrationshintergrund stärker.

B7.3

Politische Partizipation von Frauen hinsichtlich unterschiedlicher Themen in Prozent (2015)



- ohne Migrationshintergrund
- Migrationshintergrund EU/EFTA
- Migrationshintergrund Drittstaat

Für den Wiener Gleichstellungsmonitor 2016 erfolgte eine Auswahl der insgesamt acht Items des Wiener Frauenbarometers (2015).

Datenquelle: Wiener Frauenbarometer (2015): Partizipation von Wienerinnen mit Migrationshintergründen, Berechnungen IHS.



Resümee

Selbst wenn Frauen in Österreich heute in vielen politischen Gremien stärker präsent sind als noch vor 20 oder 30 Jahren, sind sie in Spitzenpositionen von Parteien, Regierungen und Interessensvertretungen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungs- und Mitgliederanteil weiterhin unterrepräsentiert. Zudem kam es nach dem kontinuierlichen Anstieg von Frauen in der Politik in den 1990er-Jahren zu Rückschritten. So ist beispielsweise der Frauenanteil unter Nationalratsabgeordneten derzeit niedriger als noch zu Beginn des Jahrtausends (BMBF 2015).

Wieweit RepräsentantInnen die betreffenden Gruppeninteressen vertreten, wird von DemokratietheoretikerInnen kontrovers diskutiert (Holzleithner 2002 u.a.). Die Präsenz von Frauen in politischen Gremien ist nicht unbedingt gleichzusetzen mit der Vertretung von Fraueninteressen, angelehnt an Johanna Dohnal ist mit „Frausein“ allein kein politisches Programm begründet. Beispiele aus der österreichischen Politik veranschaulichen deutlich, dass ein steigender Frauenanteil nicht notwendig mit der Förderung von Gleichstellungspolitik und Genderkompetenz einhergeht (vgl. Löffler 2008). Gerade im Kontext von Diskriminierung und Exklusion werden aber persönliche Erfahrungen für die Artikulation und politische Berücksichtigung von Gruppeninteressen als wichtig erachtet. Beispielsweise argumentiert Anne Phillips (1995: 76), dass selbst sorgfältigste Überlegungen und ehrliche Sympathie Erfahrungen niemals ersetzen können¹. Zudem hat die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen nicht nur Auswirkungen auf ihre inhaltliche Vertretung, sondern fördert über die Beteiligung benachteiligter Gruppen soziale Gerechtigkeit und erwirkt symbolische Anerkennung. Dies gilt neben der Geschlechterverteilung ebenso für andere marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Jugendliche (vgl. Stöckl, Walter 2014).

¹ „No amount of thought or sympathy, no matter how careful or honest, can jump the barriers of experience.“

Auch in Wien sind Frauen in politischen Entscheidungsgremien nach wie vor unterrepräsentiert, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen Entwicklungen in den diversen Vertretungsgremien:

Frauenanteil in den Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirksgremien steigt

In den Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirksgremien ist der Frauenanteil gegenüber der letzten Gemeinderats- und Bezirkswahl gestiegen; so sind Frauen nunmehr mit 37% bei den GemeinderätInnen und mit 43% bei den BezirksrätInnen vertreten. Dieses Ergebnis wird wesentlich von der Parteistruktur der Wahlergebnisse mitbestimmt. Der Frauenanteil der GemeinderätInnen ist zwar in allen Parteien gestiegen, doch wirkt sich der Anstieg der Mitglieder der FPÖ mit nur 21% Frauenanteil dämpfend auf die steigende Partizipation von Frauen aus. Erfreulich ist hingegen, dass die Parteien, die eine Frauenquote anstreben (SPÖ 40%, ÖVP 33%, Grüne 50%), diese auch erreicht haben.

Mehr Frauen in Wahlvorschlägen – aber weniger auf den prominenten vorderen Plätzen



siehe Wiener Gleichstellungsmonitor 2013, Politische Partizipation Indikator 7 Politisches Engagement, S. 55.

Die Wahlvorschläge der politischen Parteien nehmen die unterschiedliche Repräsentanz der Frauen in den Parteien vorweg. In der FPÖ, die den größten Nachholbedarf beim Frauenanteil aufweist, ist der Anteil von Kandidatinnen für die Gemeinderatswahl 2015 gegenüber 2010 leicht gesunken, vor allem auf den vorderen Plätzen. Insgesamt weisen bei der letzten Wahl weniger Parteien in den vorderen Listenplätzen ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis auf als 2010. Eine explizite Förderung von Frauen für die vorderen Ränge scheint damit 2015 v.a. in den kleineren Parteien weniger vonnöten. Die Ergebnisse der Wahlen gemäß dem Frauenanteil unter Gemeinderätinnen liegen in der SPÖ, in der FPÖ und bei den Grünen unter jenem der Wahllisten, was durch Vorzugsstimmen sowie Nachrückungen von ausgeschiedenen Frauen bedingt ist.

Beharrlichkeit der geschlechtsspezifischen Segregation der politischen Themen

Als beharrlich erweist sich zudem die Segregation der politischen Themen, mit denen sich Frauen und Männer befassen: Frauen sind verstärkt in Gemeinderatsausschüssen tätig, die soziokulturelle Aufgaben wie Bildung, Soziales, Gesundheit oder Kultur betreffen. Mit einem Frauenanteil von 47% engagieren sich Frauen in diesem Bereich deutlich stärker als in Ausschüssen im Bereich Infrastruktur (32%) und Finanzen (26%). D.h. Frauen sind zwar zunehmend in politischen Gremien vertreten, doch dominieren Männer Bereiche mit hohen Budgetverantwortlichkeiten wie z.B. Stadtentwicklung und Verkehr oder Wohnbau und Stadterneuerung – auch wenn Frauen an den Spitzen der jeweiligen Ressorts stehen.

Wenig Fortschritt bei Partizipation von Frauen in den institutionellen Interessensvertretungen

In den institutionellen Interessenvertretungen gibt es eine Gruppe von gesetzlichen und freiwilligen Kammern, Fachgewerkschaften und Jugendvertretungen, in denen Frauen die Hälfte oder eine deutliche Mehrheit unter FunktionärInnen stellen (sieben der 27 dargestellten Institutionen). Allerdings weisen fünf der gesetzlichen Interessensvertretungen im Präsidium keine einzige Frau auf; in fünf Interessensvertretungen liegt der Frauenanteil der Vorstandsmitglieder nur bei rund 20%; in fünf der sieben Fachgewerkschaften erreichen Frauen 30% nicht; und selbst in den Jugendvertretungen ist der Frauenanteil unter FunktionärInnen in einer der sechs dargestellten Vertretungen auf unter 30% gesunken. Die Entwicklung über die Zeit zeigt jedoch wenig Veränderung. Denn gerade in Bereichen, in denen der Frauenanteil gering ist, zeigen sich im Vergleich zum Wiener Gleichstellungsmonitor 2013 Rückschritte (Ärztammer, Wirtschaftskammer, Gewerkschaft Bau Holz (GBH), Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). In fünf der erfassten 27 Vertretungen sind keine Frauen in den Leitungsgremien vorhanden, in sieben Gremien ist der Frauenanteil im Zeitvergleich gestiegen und in zehn Gremien gesunken. In der betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretung, bei den BetriebsrätInnen sowie in der Leitung und bei der Mitgliederzahl des ÖGB bleibt der Frauenanteil konstant bei rund 40% in der Leitung, bei den Mitgliedern und in der betrieblichen Vertretung.

Eingeschränkte Zeitressourcen und Netzwerkaktivitäten als Hemmnisse für Frauen in der Politik, aber direkte Durchgriffsmöglichkeiten für Gleichstellung



siehe Bezahlte und unbezahlte Arbeit
Indikator D9 Berufliche Tätigkeiten –
Horizontale Segregation

Die unterschiedlich ausfallende Partizipation von Frauen in den Interessensvertretungen und in den inhaltlichen politischen Gremien hängt mit der beruflichen Segregation auf dem Arbeitsmarkt zusammen. Diese Tatsache macht deutlich, dass politische Funktionen ein Beschäftigungsfeld sind, in dem ähnliche Zugangshemmnisse für Frauen bestehen wie in beruflichen Spitzenpositionen sowie in Entscheidungspositionen der Wirtschaft. Eingeschränkte Zeitressourcen für Beruf und Netzwerkaktivitäten, weniger Erfahrungen im Wettkampf um Top-Positionen oder die geringere Attraktivität dieser Machtpositionen für Frauen, die mit all ihren sozialen Verpflichtungen und der damit einhergehenden medialen Aufmerksamkeit den Beruf zum Lebensstil machen, schränken den Zugang und die Bewerbungen von Frauen für politische Funktionen ein (OSCE/ODHIR 2014). Gleichzeitig hat die Politik direkte Zugriffsmöglichkeiten auf diesen Beschäftigungsbereich, um gesellschaftspolitische Zielsetzungen wie die Geschlechterrepräsentanz und gleiche Zugangschancen für Frauen und Männer durchzusetzen. Einzelne Beispiele in den Interessensvertretungen – z.B. die Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten oder die Gewerkschaft für Bauholz, bei denen die FunktionärInnen einen höheren Frauenanteil aufweisen als die Mitglieder – zeugen davon, dass der Frauenanteil durch spezifische Frauenförderung gestärkt werden kann.

Mehr Frauen in die Politik durch Frauenquoten?

Frauenquoten werden im europäischen Diskurs als zentrale Maßnahme zur Erhöhung der Frauenpartizipation gesehen, um die Zugangschancen für Frauen in der Politik zu erhöhen (EIGE 2015). Die Beispiele aus Slowenien oder Frankreich, welche verpflichtende Frauenquoten eingeführt haben, zeigen, dass der Frauenanteil auf diese Weise erhöht werden kann (Maud 2016, Gaber 2016). Frauenquoten werden aber in Österreich sehr emotional diskutiert und sind lediglich als freiwillige Selbstverpflichtung mit unterschiedlichen Zielwerten in Parteisatzungen enthalten (die Grünen streben eine 50%-Vertretung von Frauen in Funktionen und Wahllisten an; die SPÖ mindestens eine 40%-Vertretung von Frauen und Männern in Wahlvorschlägen und bei FunktionärInnen; die Mindestquote der ÖVP liegt bei 30% Frauen; die FPÖ ist gegen eine Quotenregelung, die NEOS haben ebenfalls keine Frauenquoten, aber sprechen sich nicht explizit dagegen aus); daran hat sich innerhalb der letzten Jahre nichts verändert. Die Erfahrungen mit Quotenregelungen zeigen, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Parteien für Wahllisten nicht ausreichen und diese mit Regelungen hinsichtlich der abwechselnden Mandatsvergabe an Frauen und Männer (→ Reißverschlussprinzip) gekoppelt sein und um Frauenfördermaßnahmen wie z.B. Mentoring oder Vernetzungsaktivitäten ergänzt werden müssen. Die unterschiedlichen Frauenanteile in den politischen Gremien nach Parteien zeigen aber, dass Parteien sehr wohl einen Einfluss darauf haben, wieweit WählerInnen auch durch Frauen repräsentiert werden. Zudem bestätigen die nicht hinterfragten Bundesländerquoten im österreichischen Parlament, dass das Prinzip der „repräsentativen Demokratie“, nach welchem alle Personengruppen gemäß ihrem Anteil in der Bevölkerung im Parlament repräsentiert sein sollen, zumindest für den regionalen Aspekt umsetzbar ist.

Frauen mit Migrationshintergrund weisen ein geringeres politisches Engagement auf, aber zeigen größeres Partizipationspotenzial



siehe Wiener Gleichstellungsmonitor 2013, Frauen und Männer in Wien, Indikator 7 Politisches Engagement, S. 55.

Frauen mit Migrationshintergrund stellen eine Bevölkerungsgruppe dar, die in politischen Prozessen besonders stark unterrepräsentiert ist. Dies hängt teils mit der fehlenden formalen Voraussetzung des Besitzes der österreichischen StaatsbürgerInnenschaft zusammen, teils aber auch mit ihren spezifischen Lebenssituationen, da sie durch ihre stärkere Konzentration auf familiäre Aufgaben unzureichende Zeitressourcen aufweisen. Das politische und zivilgesellschaftliche Engagement von Frauen mit Migrationshintergrund aus EU- oder EFTA-Staaten unterscheidet sich weniger von Frauen ohne Migrationshintergrund als jenes von Frauen aus Drittstaaten. Wienerinnen mit Migrationshintergrund Drittstaat sind eher in Vereinen, religiösen Gruppierungen, sozialen Netzwerken oder Nachbarschaftsinitiativen engagiert. Insgesamt zeigen sie ein höheres Partizipationspotenzial hinsichtlich der Mitarbeit in Parteien, bei BürgerInneninitiativen oder Angeboten der Stadt Wien.

Schlussfolgerungen zu den Gleichstellungszielen für politische Partizipation

Insgesamt zeigt die Entwicklung der Gleichstellungsindikatoren für politische Partizipation eine leichte Erhöhung der Partizipation von Frauen in der Wiener Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitik, aber wenig Veränderung in institutionellen Interessensvertretungen. Die Berücksichtigung von Gender-Kompetenz und Gender-Kriterien ist mangels verfügbarer Daten schwieriger einzuschätzen. Hinsichtlich der freiwilligen Selbstverpflichtung für Geschlechterquotenregelungen gibt es keine faktischen Veränderungen. Frauen sind in den Wahlvorschlägen der Parteien tendenziell weniger stark vertreten, vor allem weniger prominent in den vorderen Plätzen. Weiterhin fehlen weitergehende Daten bezüglich der Berücksichtigung von Gleichstellungskriterien in Entscheidungsprozessen und für die Gender-Kompetenz von EntscheidungsträgerInnen.